

einem inneren Bedürfnis folgend einen Versuch unternehmen, den tiefen Abgrund der Trauer, Angst und des Mißtrauens zu überbrücken, der uns von dem deutschen Volk trennt, macht ihnen hohe Ehre. . . . Den Studenten ging es nicht um eine schöne Geste, sie wollen praktisch helfen und arbeiten. Sie sehen in ihrem Brief nur einen Anfang.

An die Jüdische Gemeinde in Berlin

Die Evangelische Studentengemeinde an der Technischen Universität Berlin möchte der Jüdischen Gemeinde in Berlin sagen, daß sie sich hinter die Erklärung der deutschen evangelischen Synode in Berlin-Weißensee vom 27. April 1950 stellt.

Wir möchten versuchen, die Verantwortung zu tragen, die durch die Vergangenheit auch auf uns gefallen ist, und unseren Willen durch folgende praktische Vorschläge zum Ausdruck bringen:

1. Wenn wieder Friedhofsschändungen vorkommen, werden einige unserer Kommilitonen bei der Wiederherstellung helfen. Bitte teilen Sie uns mit, wo wir uns in solchen Fällen zu melden haben.

2. Unser studentischer Chor würde gern im jüdischen Krankenhaus singen.

3. Wir möchten diesem oder jenem jüdischen Kommilitonen materielle Unterstützung zukommen lassen und bitten Sie, uns einen oder mehrere Studenten an der Technischen Universität, der Hochschule für Musik oder der Hochschule für bildende Künste zu nennen.

In der Hoffnung, daß Sie diese geringen Vorschläge annehmen können, bitten wir Sie freundlichst um Nachricht und um Anregungen für bessere Pläne.

gez. Lehrecke, 1. Vertrauensstudent

gez. Temming, 1. Vertrauensstudentin.

An die Jüdische Gemeinde in Berlin

Wir evangelischen Studenten der Humboldt-Universität haben uns in diesem Jahr mit dem Römerbrief beschäftigt. Beim Lesen der Kapitel 9—11 mußten wir uns eingestehen, daß unser Verhalten den Juden gegenüber bisher sehr passiv gewesen ist und unserer Ablehnung der Ereignisse der jüngsten Vergangenheit nicht Rechnung getragen hat. Das Wort, das die Synode der evangelischen Kirche in Deutschland zur Frage Israel ergehen ließ, ermutigte uns in unserem Vorsatz, etwas zu tun.

Wir wenden uns nun an Sie mit der Bitte, uns die Möglichkeit zu geben, etwas zu verwirklichen. Könnten wir vielleicht einen im Ostsektor wohnenden Studenten aus Ihrer Gemeinde, der sich in Not befindet, in irgendeiner Weise unterstützen? Im Falle neuer Grabschändungen auf Ihren Friedhöfen bitten wir Sie, uns davon in Kenntnis zu setzen, damit wir die Instandsetzung übernehmen oder doch dabei mithelfen.

Es würde uns freuen, wenn Sie unser Anliegen recht aufnehmen, als einen kleinen Versuch, begangenes Unrecht wieder gutzumachen und einen Weg zueinander zu finden. Es grüßt Sie

Die Evangelische Studentengemeinde an der Humboldt-Universität:

gez. Harm; Fritze.

(In: „Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland“ 5 [Düsseldorf, 7. 7. 50] 13, S. 12)

8j) Die Deutsche Presse-Agentur zum Antisemitismus

Die Deutsche Presse-Agentur Hamburg erließ vom 15. April 1950 das folgende Schreiben:

In zunehmendem Umfang haben wir im Rahmen unseres Nachrichtendienstes leider darüber zu berichten, daß antisemitische Kundgebungen stattgefunden haben oder Äußerungen getan wurden, die geeignet sind, diese furchtbarste Seuche weiter zu verbreiten, die die abendländische Kultur vernichten muß, wenn sie die Herrschaft gewinnt. Ich bitte alle Redakteure und Mitarbeiter der dpa, auf das peinlichste darauf zu achten, daß jede Nachricht und jeder Bericht, der eine antisemitische Kundgebung wiedergibt, unter allen Umständen so abgefaßt werden, daß die Tatsache der Berichterstattung klar und unzweideutig zu erkennen ist, so daß nicht uns — der dpa — solche Kundgebungen unterschoben werden können, über die wir pflichtgemäß melden.

So sehr wir darauf bedacht sein und bleiben wollen, genau zu berichten und nichts zu verschweigen, was im Interesse der objektiven Unterrichtung der Öffentlichkeit ausgesagt werden muß, so sehr wollen wir doch im Einzelfall prüfen, ob es nicht besser ist, die eine oder andere antisemitische Kundgebung nicht zu melden. Ich weiß, daß eine solche Anregung dem Vorwurf ausgesetzt sein kann, wir beachteten, den Kopf in den Sand zu stecken oder gar eine unheilvolle Entwicklung zu verbergen. Das darf niemals das Motiv sein, wenn wir uns nach Abwägen aller Umstände im besonderen Fall sagen, es sei nicht wichtig genug, nicht zur objektiven Darstellung nötig, über diese oder jene Äußerung zu berichten. Denn wir müssen uns vergegenwärtigen, daß jeder Bericht dieser Art unzufriedene, ungebildete, unmoralische und verbrecherische Menschen zu ähnlichen Demonstrationen des Widerspruches aufreizt.

Ganz besonders mache ich es aber allen Redakteuren der dpa zur Pflicht, bei den von uns bearbeiteten Nachrichten und Beiträgen aller Art in allen Diensten genauestens darauf zu achten, daß wir jede antisemitisch zu deutende Wendung vermeiden. Es gibt keinen „jüdischen Dieb“, wie es auch keinen „polnischen Mörder“ oder „germanischen Banditen“ oder „deutschen Verbrecher“ oder welche Verbindung sonst möglich ist, gibt. Es gibt in allen Völkern und Rassen asoziale Elemente und Außenseiter, und das Hinzufügen des „jüdischen“ ist völlig sinnlos, aber tendenziös. Wer etwa von „jüdischen Schwarzhändlern“ spricht, wenn unter einer Gruppe verhafteter Schwarzhändler auch einige Juden waren, der verstößt bereits gegen die Pflicht zu wahrhafter Berichterstattung und muß schon aus diesem Grunde eine Zurechtweisung erwarten. Da ich aber unter keinen Umständen auch nur die leiseste antisemitische Bemerkung oder Haltung bei einem Angehörigen der Redaktion der dpa dulden werde, weil sie der Moral, dem Berufsethos des Journalisten, dem Statut der Deutschen Presse-Agentur und dem Grundgesetz der Bundesrepublik widersprechen würde, hat jeder Angehörige der dpa in jedem Falle einer auch nur fahrlässigen antisemitischen Äußerung damit zu rechnen, daß ich seine sofortige fristlose Entlassung verlangen werde. Ich bin sicher, daß wir in unserer Redaktion weder in der Zentrale noch in den dreißig Außenbüros oder unter den zwölf Korrespondenten der dpa im Ausland, noch unter unseren freien Mitarbeitern Journalisten haben, die dieser Mahnung bedürfen. Leider zeigen aber Ereignisse, über die wir laufend berichten (Harlan-Prozeß in Hamburg etwa), daß der Antisemitismus uns sich greift. Ich wollte sie aufmerksam machen, daß Sie sich selbst gegen das schleichende Gift wehren können. Wer immer aktiv im Kampf gegen den Antisemitismus zugreift, wird sicher sein können, daß er von der dpa deswegen nicht behindert werden wird.

Mit kollegialem Gruß!

gez. Fritz Säger, Chefredakteur.

8k) Die Juden in Norwegen

Die norwegische Regierung hat als Sympathiebeweis für das jüdische Volk 1947 500 jüdische Flüchtlinge aufgefordert, sich in Norwegen niederzulassen. Dies geschah, nachdem durch Krieg und die nationalsozialistische Besetzung 1000 norwegische Juden ermordet waren und die jüdische Gemeinschaft zerstört war. Nach der Befreiung waren 500 Juden nach Norwegen zurückgekehrt. „Der Weg“ berichtet hierzu:

... Jedoch fanden die meisten von ihnen weder Familie noch ihr Eigentum vor. Das neue Leben für sie war nicht einfach, denn die Bedingungen waren beträchtlich geändert. Die Nazis und Quislinge hatten ihre Arbeit gut getan, und der Antisemitismus war wieder im Entstehen. Aber sowohl die Regierung als auch die Intellektuellen des Landes leisteten den Juden wirklichen Beistand. Nach und nach wurden die Gemeindeaktivitäten wieder aufgenommen, wobei die erste Aufgabe die Wiederbelebung des religiösen Lebens war. Gemeindesteuern wurden zu diesem Zweck von 2 auf 3% der Einkommensteuer jedes einzelnen Mitglieds erhöht und schließlich waren Synagogen das Gemeindezentrum, Kinderheime und andere Institutionen wieder hergestellt. Es war ein glücklicher